Stadt Kamen

Niederschrift

über die 1. Sitzung
des Bauausschusses
am Donnerstag, 14. Februar 2002
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:45 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD
- Frau Ciecior
- Herr Eckardt
- Herr Etzold
- Frau Gube
- Frau Müller

Ratsmitglieder CDU
- Herr Hasler
- Herr Kissing

Ratsmitglieder BG
- Herr Kloß

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD
- Herr Krüger
- Herr Schlüter

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU
- Frau Jonasson-Schmidt
- Herr Weber

Beratendes Mitglied FDP
- Herr Oertel

Verwaltung
- Herr Adamini
- Herr Baudrexl
- Herr Dornblüth
- Herr Höning
- Herr Seiffert
- Frau Wiesmann-Liese

entschuldigt fehlten
- Herr Brinkmann
- Herr Diederichs-Späh
- Herr Döttelbeck
- Herr Kaminski

Herr Lasarczyk
Herr Rothenpieler
Herr Schneider

Der Vorsitzende, Herr **Etzold**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Herr **Kissing** bat um Erläuterung, wieso die Sitzung für eine einzelne und dazu noch verhältnismäßig kleine Auftragsvergabe anberaumt worden sei.

Herr **Adamini** erklärte hierzu, dass man es vor allem nach den Diskussionen der letzten Bauausschusssitzung vermeiden wollte, die Maßnahme durch eine Dringlichkeits-entscheidung vergeben zu wollen.

Änderungen zur Tagesordnung gab es nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Vorstellung des Maßnahmenprogramms 2002	13/2002
2.	Sachstandsbericht über die laufenden Hoch- und Straßenbau-maßnahmen	
3.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. **Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

13/2002 Vorstellung des Maßnahmenprogramms 2002

(a) Herr **Hasler** bezog sich auf das Maßnahmenprogramm – Hochbau – und stellte fest, dass die Maßnahme “Errichtung einer Unterstellmöglichkeit/Trauerhalle“ bereits im Jahre 2000 vorgestellt worden sei und die angesetzten Haushaltsmittel seitdem geschoben würden. Nunmehr sei die Errichtung auch erst wieder für das III. bzw. IV. Quartal des Jahres beabsichtigt. Bei Berücksichtigung der wohl nicht so komplexen Baumaßnahme stelle man sich die Frage, wieso es der Verwaltung nicht möglich sei, eine solche kleine Bautätigkeit zügig abzuwickeln.

Herr Hasler bat ebenfalls um Information, ob die Bereitstellung der Unterstellmöglichkeit bereits in die Kalkulation der Friedhofsgebühren eingeflossen sei.

Herr **Baudrexl** entgegnete darauf, dass man im Laufe des letzten wie auch dieses Jahres Prioritäten gesetzt habe und die Unterstellmöglichkeit aus diesem Grund nicht vorrangigen Charakter gehabt hätte. Hier seien z.B. die verschiedenen Schulbaumaßnahmen zu nennen. Auch habe das Ausscheiden eines Mitarbeiters des Fachbereiches Bauen, welcher sich mit dieser Angelegenheit befasst habe und an den Planungen maßgeblich beteiligt war, die Fortführung der Maßnahme erschwert.

Ob die Maßnahme in die Gebühren eingeflossen sei, könne er in der heutigen Sitzung nicht beantworten. Man könne jedoch auch überlegen, ob die Errichtung der Unterstellmöglichkeit aufgrund der finanziellen Situation des städtischen Haushalts und ihrer seines Erachtens durch die Größe sehr beschränkten Funktionalität gestrichen werden solle.

Herr **Hasler** wies hinsichtlich der “Prioritätenliste“ auf die kurzfristige Realisierung der Fahrradeinstellanlage am Rathaus hin und stellte hier die Gewichtung in Zweifel.

Herr **Dornblüth** stellte richtig, dass die Vorstellung der Baumaßnahme im Jahre 2000 lediglich konzeptionellen Charakter gehabt habe; eine Umsetzung habe man erst für das Jahr 2001 geplant, was jedoch aus den bereits durch Herrn Baudrexl geschilderten Gründen nicht umgesetzt werden konnte.

Herr **Baudrexl** gab zu bedenken, dass das Setzen von Prioritäten subjektiv sei. Durch das Einrichten von zusätzlichen Archivräumen im Keller des Rathauses sei ein Kellerraum für das Unterstellen von Fahrrädern der Mitarbeiter entfallen, was die Verwaltung in die Situation gebracht habe, hier neue Möglichkeiten zu schaffen. Da man die städtischen Mitarbeiter in ihrem Wunsch, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu kommen, nicht einschränken wolle und weiteren dadurch durchaus denkbaren Kfz-Verkehr aufgrund der Parkplatzprobleme im Umfeld des Rathauses auch nicht herbeirufen wolle, habe der Fachbereich Bauen – 60.1 - diese Baumaßnahme schnellstmöglich durchgeführt.

Dass die Haushaltsmittel für die Unterstellmöglichkeit an der Trauerhalle als Reste mit in das Haushaltsjahr 2002 übertragen wurden, sei seiner Ansicht nach besser, als den Haushaltsansatz verfallen zu lassen und die Mittel bei künftigen Haushaltsgesprächen erneut neu einbeziehen zu müssen.

Herr **Hasler** bat um Mitteilung, ob die Unterstellmöglichkeit durch ein Ingenieurbüro betreut oder ob die Maßnahme allein durch die Stadt Kamen durchgeführt werde.

Frau **Wiesmann-Liese** erklärte, dass dieses allein durch Mitarbeiter der Stadt erfolge.

(b) Herr **Hasler** habe bei Durchsicht der Maßnahmeprogramme festgestellt, dass bei investiven Maßnahmen nicht immer die Vergabetermine angegeben seien und bat diese Angaben künftig mit in die Programme aufzunehmen.

(c) Herr **Kissing** fragte nach dem Planungsstand der Baumaßnahme "Hauptschule". Im Maßnahmenprogramm sei für das Haushaltsjahr 2002 ein Betrag von 1 Mio € angegeben, Verpflichtungsermächtigungen seien jedoch nicht zu ersehen.

Herr **Baudrexl** erklärte hierzu, dass diese irrtümlicherweise nicht in die Liste eingetragen wurden. Den Betrag werde man zum Protokoll nachreichen.

Zum Planungsstand verwies Herr Baudrexl auf die Vorlage der Planungsentwürfe zum nächsten Schul- und gegebenenfalls auch Planungsausschuss. Eine Zuständigkeit des Planungsausschusses sei möglicherweise gegeben, wenn man im Rahmen dieser Baumaßnahme gezwungen sei, nicht unerheblich in den das Gelände umgebenden Baumbestand einzugreifen.

Herr **Kloß** bat um Erläuterung des beabsichtigten Umbaus der Elektroinstallation der Sporthallen und ob hierdurch der Schulbetrieb gestört würde.

Frau **Wiesmann-Liese** wies auf verschiedenen Störungen der Elektroinstallation in der Vergangenheit hin. Der Zustand sei äußerst schlecht, so dass es bereits Kabelbrände gegeben habe. Terminiert habe man die Maßnahme für die ersten 4 Wochen der Sommerferien. Sei man gezwungen, diesen Zeitrahmen zu überschreiten, so erfahre lediglich der Vereinssport für den Rest der Ferien Einschränkungen.

(d) Auf die Frage des Herrn **Kloß**, ob es mittlerweile eine Entscheidung zu der Beseitigung des Bahnüberganges im Bereich der Königsstraße gäbe, erwiderte Herr **Baudrexl**, dass diesbezüglich keine Beschlüsse ergangen seien. Dieses sei jedoch grundsätzlich auch nicht erforderlich, da es sich hierbei um eine Baumaßnahme auf der Grundlage der Planfeststellung handele.
Der Termin zum Beginn der Baumaßnahme stehe noch nicht fest, man könne jedoch den geplanten Ablauf – erst Straßenbau, danach Unterführung - darstellen.

(e) Herr **Oertel** fragte, ob die Instandsetzung des Wirtschaftsweges am Galgenberg aus dem Haushaltsansatz "Instandsetzung von Wirtschaftswegen" bezahlt wurde.

Herr **Adamini** erläuterte, dass die Instandsetzung dieses Wirtschaftsweges im Zusammenhang mit der “Innenstadtsanierung“ stehe.

Zu TOP 2.

Sachstandsbericht über die laufenden Hoch- und Straßenbaumaßnahmen

Herr **Adamini** und Frau **Wiesmann-Liese** teilten mit, dass es bei den laufenden Straßen- und Hochbaumaßnahmen keine zeitlichen Verzögerungen gäbe.

Herr **Hasler** bat um Auskunft zu dem Stand der Baumaßnahmen an der Feuer- und Rettungswache.

Hierzu erklärte Frau **Wiesmann-Liese**, derzeit erfolgten letzte Mängelbeseitigungen.

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

<u>Mitteilungen</u>

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

<u>Anfragen</u>

Herr **Hasler** fragte nach den Kosten der Fahrradeinstellanlage am Rathaus.

Herr **Adamini** sagte zu, Angaben hierzu im Protokoll nachzureichen.

gez. Etzold
Vorsitzender

gez. Dornblüth
Schriftführer

Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses vom 14.02.2002

TOP 1 Ö

(c) Verpflichtungsermächtigungen liegen in Höhe von 3.730.000 € vor.

TOP 3 Ö

Anfragen

Zur Information soll mitgeteilt werden, dass im Bauausschuss am 25.09.2001 die Vergabe der Fahrradeinstellanlage am Rathaus unter „Mitteilungen über Vergaben bis 100.000 DM“ bekannt gegeben wurde. Die Auftragssumme betrug 71.221,07 DM.